

Antrag

der Abgeordneten Mag.^a Collini, gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: Wirtschaft in der Schulbildung in Niederösterreich

Es heißt: "Für das Leben, nicht für die Schule lernen wir" - aber sieht man sich die Lehrpläne unserer Schulen an, wird offensichtlich, dass das leider in vielen Bereichen nicht der Fall ist. Zeitgemäßes Verständnis wirtschaftlicher Fragen, die in Zukunft immer wichtiger werden, um junge Niederösterreicher_innen auf ein eigenständiges Leben vorzubereiten, haben in unseren Schulen oftmals keinen Platz oder einen viel zu geringen Stellenwert.

Dabei sollte jeder Schülerin und jedem Schüler in Niederösterreich bei Schulabschluss eine, dem Schultyp entsprechende, angemessene Wirtschafts- und Finanzbildung vermittelt worden sein, die die Grundlage für ein finanziell unabhängiges Leben bilden. Viele Jugendliche bekommen von ihren Eltern das Rüstzeug für ein selbständiges Wirtschaften nicht mit - solch ein Grundwissen ist aber unabdingbar, um gute ökonomische Entscheidungen zu treffen.

Auf Bundesebene werden zur Zeit die Lehrpläne überarbeitet, und dabei soll auch das Thema der Wirtschafts- und Verbraucher_innenbildung in Zukunft verstärkt in die neuen Lehrpläne eingebunden werden. Die Umsetzung soll allerdings erst 2023 bis 2024 stattfinden. Damit sind für junge Niederösterreicher_innen wiederum 2-3 Jahre verloren, in denen wir ihr Potential nicht ausreichend fördern. Umfassende Bildung heißt, auf alle Lebensbereiche adäquat vorbereitet zu werden, ohne dass ein weiteres Mal jene Kinder benachteiligt werden, die von ihren Eltern nicht so stark gefördert werden können.

Dass wirtschaftliche Bildung an unseren Schulen umgehend umgesetzt werden muss, zeigt auch die im Jahr 2019 zum zweiten Mal durchgeführte Studie "Austrian Survey of Financial Literacy – ASFL". Auch wenn diese Studie den Österreicher_innen gegenüber den Ergebnissen von 2014 ein verbessertes Finanzwissen bescheinigt, zeigt sie andererseits auch auf, dass unter den Jungen (15-38) ein vergleichsweise niedrigeres Finanzbildungsniveau vorherrscht und diese Gruppe weniger vorausschauend wirtschaftet als die älteren Generationen.

Eine Investition in die (finanz-)wirtschaftliche Bildung unserer Kinder und Jugendlichen ist zweifelsohne eine sinnvolle und notwendige Investition in die Zukunft, die sich nicht nur positiv auf die Wirtschaftskompetenz unserer Kinder auswirkt, sondern vor allem auch einen Gewinn für Niederösterreich darstellt. Diesbezüglich ausgebildete Jugendliche schlittern weniger leicht in die Schuldenfalle, kennen sich in den Grundsätzen des Vermögensaufbaus aus und sind letztendlich die Unternehmer_innen von morgen.

Daher sollte jede_r einzelne Schüler_in die Grundlagen der Finanzbildung vermittelt bekommen - Niederösterreich muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen, und nicht darauf warten, dass die Bundesregierung in Zukunft irgendwann dafür sorgt, auch das wirtschaftliche Wissen unserer jungen Niederösterreicher_innen zu stärken.

Die Gefertigte stellt daher den

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

den Bedarf an finanziellen und personellen Ressourcen für eine flächendeckende Wirtschafts- und Finanzbildung an niederösterreichischen Schulen zu erheben, sowie basierend auf diesen Ergebnissen Niederösterreich als eine Modellregion der Wirtschafts- und Finanzbildung zu etablieren, in der niederösterreichischen Pflichtschüler_innen (finanz-)wirtschaftliche Grundlagen - altersangepasst ab der Volksschule - vermittelt werden und dieses Projekt in weiterer Folge so auszubauen, dass alle Schüler_innen in Niederösterreich vor Abschluss der Pflichtschule die wichtigsten Grundlagen einer (finanz-)wirtschaftlichen Bildung durch Expert_innen vermittelt bekommen.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Bildungs-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.